

Fossile Finanzierung stoppen:

Ökologische Transformation durch institutionellen Wandel und zivilgesellschaftliche Organisation

Tobias Gerstmayr, Heinrich Hirsch und Jova Mlinarić

1. Einleitung

Im Rahmen dieser Arbeit untersuchen wir, inwiefern die derzeitige Architektur des Finanzsystems einer sozial-ökologischen Wende im Wege steht. Green Finance präsentiert sich als Lösung der Klimakrise und bildet einen Konsens zwischen Nachhaltigkeit und Wirtschaftswachstum. Nach der globalen Finanzkrise 2008 verstärkte sich die Kritik am Finanzmarkt und bestehenden hegemonialen Strukturen. Doch Kapitalismus ist wandlungsfähig und kann sich in bedingter Form an Forderungen der Zivilgesellschaft anpassen. Aus dem Spannungsfeld zwischen Natur und stetigem Wirtschaftswachstum kristallisierte sich „grünes Wachstum“ als Anpassung der hegemonialen Struktur an die neuen Gegebenheiten heraus.

In dieser Arbeit erklären wir die Bedeutung des Green Finance Ansatzes im globalen Wirtschaftssystem und kritisieren diesen anschließend. Im ersten Teil der Arbeit weisen wir auf, inwiefern die gegebene Hegemonie mit der Klimakrise einhergeht. Wir gehen dabei auf Green Finance sowie die Rolle von Environmental Sustainability Goals ein. Im zweiten Teil heben wir die Bedeutung von Zentralbanken hervor und kritisieren die bisherigen Ansätze, die Klimakrise einzudämmen. Außerdem zeigen wir, warum es eine hegemoniale Verschiebung durch die Zivilgesellschaft geben muss, damit privates Finanzkapital in seiner politischen Entscheidungsfähigkeit eingedämmt werden kann. Im dritten Teil geben wir einen kurzen Abriss über die neuen sozialen Bewegungen seit den 1960ern und geben eine Übersicht über aktuelle Akteure im Finanzaktivismus aus der Klimabewegung.

Hegemonie des Finanzkapitals

Der Begriff Hegemonie in der akademischen Literatur lässt sich hauptsächlich auf die Gefängnishefte des italienischen Marxisten Antonio Gramsci zurückführen. Jedoch wird er heute deutlich breiter und allgemeiner gefasst. So bezieht sich Hegemonie auf die dominierende kulturelle, ideologische und politische Vorherrschaft einer sozialen Klasse, deren Interessen als Allgemeininteressen durchgesetzt werden sollen (Brand & Scherrer, 2011). Hegemonie soll in unserer Arbeit besonders auf die Vorherrschaft oder Dominanz des Kapitals, insbesondere des Finanzkapitals, über andere gesellschaftliche Akteure und Sektoren verweisen. Der Finanzmarkt, zu dem Geschäfts- und Zentralbanken, Investmentfonds, Versicherungen und andere Finanzinstitutionen gehören, hat in der modernen Volkswirtschaft eine bedeutende Einflussnahme erreicht. Er kann beträchtlichen Druck auf politische Entscheidungsträger:innen ausüben und hat eine bedeutende Stimme in der Gestaltung von Wirtschafts- und Umweltpolitik. Wenn Green Finance in erster Linie die Logik von Finanzinstitutionen und Großunternehmen verfolgt, können einige Schwierigkeiten auftreten. Es besteht die Gefahr des "Greenwashings", bei dem sich Unternehmen und Finanzinstitute als umweltfreundlich darstellen, obwohl ihre tatsächlichen Auswirkungen auf Umwelt und Klima begrenzt oder sogar negativ sind. Außerdem

besteht die Gefahr, dass Umweltauflagen und -standards von Institutionen nicht ausreichend durchgesetzt werden, da sie zu lasch formuliert sind.

Als essentiell sehen wir hier die Rolle der Zivilgesellschaft, also im Beispiel von Aktivist:innen und anderen Interessengruppen, aber auch dem Rest der Bevölkerung, welche den Einfluss des Kapitals in Schach halten möchten. Mit Demonstrationen und Aktionen leistet die Zivilgesellschaft aktiv Widerstand gegen bestehende hegemoniale Strukturen. Solche Gegenbewegungen führen aber nicht automatisch zu grundlegenden Veränderungen. Denn eine hegemoniale Struktur ist wandlungsfähig und kann sich an gegen-hegemoniale Herausforderungen anpassen und ihre Forderungen in verwässerter Form übernehmen. Green Growth hat das Ziel, klimaschädliche Produktionsweisen durch nachhaltigere Methoden zu ersetzen, ohne dabei auf Wachstum verzichten zu müssen. Dabei wird an einer „win-win“ Mentalität festgehalten. Grünes Wachstum soll allen zugutekommen.

Green Finance

Green Finance kann potenziell krisenhafte und spekulative Effekte mit sich bringen, die bisher noch nicht breit genug diskutiert wurden. Unter Green Finance versteht man den Ansatz, Finanzmärkte als Vehikel zu nutzen und durch vermehrten Kauf von „grünen“ Vermögenswerten die Wirtschaft nachhaltiger zu gestalten. So sollen Investitionen gleichzeitig als profitabel und ökologisch gelten. Green Finance ist ein wichtiger Teil von „grünem Wachstum“ und beschäftigt sich mit der Frage der Finanzierung (Desalegn & Tangl, 2022).

Volkswirtschaften sollen durch Green Finance widerstandsfähiger gegenüber Risiken der Klimakrise werden und gleichzeitig finanzielle Mittel in nachhaltige Investitionsprojekte umleiten, die eine umwelt- und sozialverträgliche Wirtschaftstransformation fördern sollen. Das breite Spektrum an Maßnahmen und Instrumenten erlaubt vielfältige Ansätze zur Umsetzung dieser Idee (Springler, 2020). Die wachsende Popularität von Green Finance ist eingebettet in die historischen Entwicklungen nach der globalen Finanzkrise 2008, die das Vertrauen in Finanzmärkte stark geschwächt hatte (Jäger & Schmidt, 2020). Nach der globalen Finanzkrise war ein neuer Ansatz nötig, um die Kapitalakkumulation aufrechtzuerhalten und der Wirtschaftsrezession zu entkommen. Die Kapitalakkumulation ist ein essentieller Bestandteil des kapitalistischen Produktionsprozesses, treibt das System voran und beschreibt den Prozess der Ansammlung und Vermehrung von Kapital in der Wirtschaft (Becker, 2017). Im Kontext der globalen Finanzkrise von 2008 und der nachfolgenden Entwicklungen spielt die Frage der Finanzialisierung eine entscheidende Rolle. Dieser Begriff beschreibt den Wandel in der Art und Weise, wie Kapital angesammelt wird. Während in früheren Phasen der kapitalistischen Entwicklung die produktive Akkumulation im Vordergrund stand, bei der Kapital in Sektoren wie Landwirtschaft, Bergbau und Industrie investiert wurde, hat sich in jüngster Zeit eine verstärkte Finanzialisierung ergeben (Becker, 2017). Dies ist gekennzeichnet durch eine verstärkte Anlage

in Finanzprodukte, insbesondere in Form von Wertpapieren wie Aktien und der Ausdehnung von zinstragendem Kapital, also Kreditgeschäften.

Nach der Weltwirtschaftskrise entstand starker zivilgesellschaftlicher Widerstand rund um die "Occupy Wall Street" Bewegung. Dies war eine soziale Protestbewegung, die im September 2011 in New York City begann und sich dann auf andere Städte in den USA und weltweit ausbreitete. Die Bewegung konzentrierte sich auf wirtschaftliche Ungleichheit, die Macht von Großunternehmen und die Rolle des Finanzsektors in der globalen Politik. Um wieder das Vertrauen der Zivilgesellschaft zurückzugewinnen, begannen institutionelle Investoren ihre Finanzierungstätigkeit als aktive finanzielle Hilfsquelle für den Umstieg in eine grüne Wirtschaft zu verkaufen. Finanzielle Mittel für einen grünen Wandel in der Wirtschaft sollen dabei aus privaten Quellen geschöpft werden, während sich sonst nichts verändert. Green Finance präsentiert sich damit als eine angenehme Lösung der Klimakrise, die wenig aktives politisches Bewusstsein erfordert.

Innerhalb des Green Finance Ansatzes sollen Klimarisiken berücksichtigt werden, jedoch dienen diese vorrangig dazu, Anleger:innen vor politischen Entscheidungen zu schützen und nicht die Bevölkerung vor physischen Klimarisiken. Investitionen in Kohleunternehmen sind aufgrund vergangener und zukünftig zu erwartender Entscheidungen unattraktiv, aber nicht direkt wegen ihres CO₂ Ausstoßes (Pargitt & Bryant, 2023). Sondern vielmehr das Wissen, dass dies politisch künftig nicht mehr haltbar sein wird. Dies ist hier wichtig zu erwähnen, da Kausalitäten in öffentlichen Diskursen oft verschwimmen. Bei genauerer Betrachtung erweist sich Green Finance als ähnlich problematisch. Die Hoffnung, dass umweltbewusste Investor:innen die Wirtschaft aktiv lenken können, setzt vor allem eines voraus: umweltbewusste Investor:innen (Wang & Zhi, 2016). Green Finance, in seiner aktuellen Ausgestaltung, setzt in vielen Bereichen auf Freiwilligkeit. Gleichzeitig verstärkt es die Rolle des Finanzsektors in Wirtschaft und Politik. Außerdem kann dies von Finanzdienstleister:innen als Marketing-Vehikel genutzt werden. Durch „Grüne“ Klassifizierungen von ETFs kann der Finanzmarkt weiter wachsen, da damit neue, umweltbewusste Bevölkerungsgruppen angesprochen werden können (Jäger, 2020).

Eines der Kernelemente von Green Finance heute ist die freiwillige Einhaltung von Environmental Social Governance (ESG) durch Investor:innen, welche die Finanzierung der dringend nötigen Finanzmittel für die sozialökologische Transformation bereitstellen sollen (Jäger, 2020). Im Jahr 2022 beträgt der Anteil an ESG klassifizierbaren Neuinvestitionen in ETFs in Europa 65 Prozent (Boyde, 2023). An der Popularisierung von ESG-Investitionen waren institutionelle Investor:innen wie BlackRock maßgeblich beteiligt (Parfitt & Bryant, 2023). ESGs sind eine Art Gütesiegel in Green Finance, wobei sie kein universeller Standard sind, sondern von

unterschiedlichen Rating-Agenturen, wie S&P, Moody's und Fitch (Teil von "Big Three") erstellt werden. Die schon vor der großen Finanzkrise tätigen Rating-Agenturen setzen auf unterschiedliche Aspekte bei der Kategorisierung von Unternehmen (Berg et al., 2022). Dadurch können die teilweise sehr divergierenden ESG Kategorisierungen genutzt werden, so dass Investor:innen ihre Aktien-Präferenzen als ESG-konform darstellen können, obwohl sie das nicht sind (Berg et al., 2022). Die EU arbeitet aktiv daran, allgemeine ESG Standards zu etablieren. Die Europäische Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde (ESMA) hat im Januar 2021 eine Initiative gestartet, um die Ratings und Bewertungsmethoden im Zusammenhang mit Nachhaltigkeitskriterien zu überprüfen. Dies geschah vor dem Hintergrund der Tatsache, dass ESG-Ratingagenturen, besonders große US Agenturen, bisher fast völlig unreguliert und ohne Aufsicht tätig waren, was zu mangelnder Vergleichbarkeit von Ratings, intransparenten Methoden und Daten sowie einigen Interessenkonflikten führt (Frischer und Glas, 2023). Zwar gab es im Allgemeinen bereits einige wenige rechtliche Vorschriften auf europäischer Ebene, wie die Taxonomie-Verordnung, die Offenlegung-Verordnung und die Benchmark-Verordnung, die den Bereich der nachhaltigen Finanzen regeln, jedoch waren diese Anforderungen bisher stark begrenzt (Redinger, 2023). Hierbei hat die Einstufung von Gas als "grün" aufgrund ihrer Rolle als Brückentechnologie für starke Diskussionen gesorgt (Parfitt & Bryant, 2023). So könnten diese Brückentechnologien als mögliche Schlupflöcher ausgenutzt werden, um unangenehme Änderungen nicht tätigen zu müssen. Zusätzlich wurde bisher keine Diskussion über Regulierungen für den Besitz von klimaschädlichen Investitionen innerhalb der EU geführt, obwohl dies eine sinnvolle Lenkungsfunction haben könnte (Gabor, 2020). Insgesamt zeigt sich, dass die Regulierung und Definition von ESG-Ratings auf europäischer Ebene im Wandel ist, wobei die Bemühungen darauf abzielen, die Transparenz, Vergleichbarkeit und Zuverlässigkeit in diesem Bereich zu verbessern. Gleichzeitig gibt es jedoch weiterhin Diskussionen und Debatten über die besten Ansätze zur Bewertung von ESG-Risiken und -Chancen. Bisher greifen ESGs und Green Finance zu kurz und stellen ein unzureichendes Instrument dar, um die Klimakrise zu bewältigen. Im Folgenden setzen wir uns kritisch mit Green Finance auseinander, indem wir auf das globale Finanzsystem eingehen.

2. Institutioneller Wandel

Ein grüner Wandel erfordert grundlegende Änderungen der Finanzströme, die ohne politische Maßnahmen nicht möglich sein werden. Im folgenden Abschnitt möchten wir diese These ausführen und setzen uns mit dem derzeit üblichen Ansatz kritisch auseinander, dies besonders im Hinblick auf den Risiko basierenden Zugang. Einerseits sollen dabei hegemoniale Aspekte aufgezeigt und andererseits Kritik an der Ernsthaftigkeit und dem Tempo für eine grünere Wirtschaft geäußert werden. Wie oben bereits ausgeführt, besteht weitgehend Konsens,

unabhängig von der wirtschaftspolitischen Meinung, dass Herausforderungen, wie potenzielles Greenwashing oder angemessene Regelwerke, angegangen und ernstgenommen werden müssen. Unsere Kritik soll jedoch darüber hinausreichen. Einerseits widmen wir uns kritisch der derzeitigen Ausgestaltung grüner Geldpolitik und andererseits der Finanzialisierung unserer Gesellschaft und folglich sogenanntem *Green Asset Manager Capitalism*, dem heutigen Grundstein der Hegemonie des Kapitals.

Finanzialisierung und Zentralbanken

Seit der Finanzkrise von 2008 agieren Zentralbanken verstärkt als sogenannte *Market Maker of Last Resort* (Bank of England, 2021). Dies bedeutet, dass sie in Zeiten erheblicher Marktinstabilität einspringen und Wertpapiere erwerben, wenn niemand sonst dazu bereit ist. Dies soll dazu dienen, eine Art Untergrenze für Wertpapierpreise festzulegen. Daher ist es nicht sonderlich überraschend, dass Zentralbanken auch bei der Bekämpfung der Klimakrise eine wichtige Rolle zukommen kann. Die grüne geldpolitische Wende ist nicht allein auf die Erkenntnis zurückzuführen, dass die Eindämmung der Klimakrise zu wichtigen politischen Punkten gehört. Soziale Proteste haben Druck auf die Finanzwelt ausgeübt, was zur Anerkennung der Dringlichkeit führte, klimapolitische Überlegungen in die politischen Rahmenbedingungen der Europäischen Zentralbank (EZB) zu integrieren (EZB, 2021). Die Frage, ob und inwieweit sich die Rolle der Zentralbanken inmitten einer solchen Krise ändern sollte, bleibt jedoch umstritten. Diese Debatte berührt grundlegende Fragen zur modernen Ausgestaltung dieser Institutionen, insbesondere bezüglich ihrer Rolle und der politischen Grundlage ihres Handelns. Die vermeintliche Unabhängigkeit der Zentralbanken in Zeiten multipler Krisen, wirft Fragen nach ihrer Legitimität auf. Die alleinige Betonung des Ziels der Preisstabilität scheint nicht mehr ausreichend zu sein, um angemessen auf derartige Krisen zu reagieren (EZB, 2021). Zentralbanker:innen sind nun im Bezug auf Klimapolitik mittlerweile keine Unbekannten mehr. Angesichts der weitreichenden nationalen Verpflichtungen, bis 2050 das Ziel einer Netto-Null-Emissionsrate zu erreichen, ist eine umfassende Überprüfung der Regulierung im Hinblick auf Finanzstabilität und geldpolitische Instrumente im Gange. Auch andere Zentralbanken, wie die Bank of England oder die Bank of Japan, verfolgen ähnliche oder gar umfangreichere Agenden (Tooze, 2021). Das bedeutet jedoch keineswegs, dass Zentralbanker:innen nun Klimaaktivist:innen geworden sind. Der Verdacht des Greenwashings bleibt bestehen, trotz der Erörterung der Frage durch die EZB darüber, inwiefern die Finanzmärkte das Klimarisiko potenziell unterschätzen (EZB, 2022). Eine weitere Strategie, um private Investitionen in grüne Infrastruktur attraktiver zu gestalten, ist *De-Risking*. Dabei übernimmt der Staat teilweise das Risiko der Investor:innen, um die Preisbildung zugunsten grüner Investitionen zu lenken, wodurch ein Sicherheitsnetz entsteht, das die Gewinne privater, aber gesellschaftlich relevanter Güter schützt (Gabor, 2021). Dies führt kurz gesagt zu einer

Privatisierung von Gewinnen und einer Verstaatlichung von Verlusten. Die herkömmlichen Anleihekaufprogramme der Zentralbanken haben im Grunde auch vergleichsweise wenig Einfluss auf institutionelles Kapital. Zahlreiche Vermögensverwalter, Versicherungen und Pensionsfonds sind in erster Linie darauf ausgerichtet, Finanzerträge zu maximieren und unterliegen nicht dem gleichen regulatorischen Druck wie der traditionelle Bankensektor (Braun & Gabor, 2019). Dadurch können diese zwar schnellere und flexiblere Entscheidungen treffen, dies bedeutet jedoch nicht, dass grüne Finanzprodukte mit den Renditen im fossilen Energiesektor mithalten können. Hier könnten verbindliche Standards und Vorschriften im Bereich der Klimafragen sinnvoll sein. De-Risking führt so nicht nur zu einer Verschiebung der Funktionen zwischen staatlichen und privaten Sektoren, sondern begrenzt auch den Handlungsspielraum für eine staatliche und gerechte grüne Transformation. Zentralbanken übernehmen in diesem System oft die Schlüsselrolle bei der Bereitstellung von Liquidität für den Staat, insbesondere in Zeiten hoher Verschuldung. Gleichzeitig tragen sie als Market Maker of Last Resort das Risiko von Unternehmens- und Staatsanleihen der Investor:innen.

Was tun, für eine grüne Wirtschaft?

Die EZB verfolgt heute somit auch weiterhin den Ansatz, die Marktpreisbildung durch die Verringerung von Informationslücken zu verbessern (EZB, 2022). Dieser Ansatz setzt auf kontinuierliche Risikobewertungen, um Finanzströme zu lenken. Diese Kriterien sollen die Entscheidungsprozesse der EZB in Bezug auf Transaktionen am Unternehmensanleihenmarkt maßgeblich beeinflussen. Derzeit ist dieser Markt von Unternehmen geprägt, die emissionsintensiv sind, da sie einen erhöhten Bedarf an langfristigen Anlageinvestitionen haben und daher häufiger Anleihen emittieren (Dafermos et al., 2020). In ihrer Rolle als Market Maker of Last Resort trägt die Zentralbank derzeit dazu bei, das bestehende Marktversagen aufrechtzuerhalten. Doch gerade angesichts der erheblichen Unsicherheiten im Zusammenhang mit der Klimakrise stellt sich die Frage, ob diese traditionelle Herangehensweise noch wirksam und angemessen ist (Doell, 2021). Dieser Ansatz, wie von Kedward et al. (2022) kritisiert, zielt darauf ab, Finanzinstitute dazu aufzufordern, ihre Klimarisiken offenzulegen. Solche Ansätze werden auch als *market fixing* bezeichnet. Dies soll Markttransparenz erhöhen und den Übergang zu grünen Investitionen unterstützen. Durch die Offenlegung wird angenommen, Marktteilnehmer:innen würden besser informierte Entscheidungen treffen und vermehrt in nachhaltige Projekte investieren, da sie in Zukunft auch rentabler sein könnten. Einige Ökonom:innen, wie Gabor und Braun (2021) oder Bentley et al. (2021), sind jedoch der Meinung, eine umfassendere Herangehensweise sei erforderlich, um die Klimakrise effektiv anzugehen. Sie argumentieren dafür, dass Staaten und Zentralbanken eine aktivere Rolle bei der Steuerung und Allokation von Ressourcen und Finanzströmen übernehmen sollten. Eine geplante und

zentralisierte europäische Kernwirtschaft im Sinne einer starken Umwelt- und Klimapolitik (*Big Green State*) wird befürwortet und als effektiv empfunden.

Die EZB setzt mit ihrem derzeitigen Ansatz auf Marktmechanismen und die Mitarbeit der großen Player am Finanzmarkt wie BlackRock und co., dabei handelt es sich um genau jene Akteure, die mit ihrer Spekulation auf den Finanzmärkten in der Vergangenheit nicht nur aktiv einen Ausstieg etwa aus fossilen Energieträgern verhindert haben, sondern dabei auch noch die Interessen und das Kapital eben jener Bevölkerungsgruppen vertreten, die mit Abstand die meisten Emissionen verursachen (Semieniuk, 2022). Dass dies in einem direkten Widerspruch zu einer sozial-ökologischen Transformation steht, in der Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit gemeinsam gedacht werden, ist offensichtlich. Forderungen wie etwa die Dekarbonisierung von Asset Purchasing Programms und das De-risking von grünen Technologien (sofern diese denn tatsächlich grün sind), können im Rahmen der derzeitigen Möglichkeiten der EZB erste Schritte sein. Jedoch besteht die Gefahr, die dominante Erzählung eines *Grünen Kapitalismus* weiter einzuzementieren und die Hegemonie des Kapitals aufrecht zu erhalten, während dringend notwendige Investitionen dem privaten Sektor anvertraut werden, bleibt der Staat in seinen politischen Möglichkeiten etwa aufgrund von Schuldengrenzen weiterhin stark eingeschränkt (Eckersley, 2004). Statt sogenannte *soft credit guidance*, durch beschriebene Methoden wie De-risking etc., wäre eine umfassende Strategie der Kreditallokation nötig, wie sie Kedward et al. (2022) vorschlagen wird. Dieser Ansatz forciert eine makroprudenzielle Koordination der EU und eine gemeinsame grüne Geld-, Fiskal- und Industriepolitik. Eine Möglichkeit wäre es, Quoten für die Kreditvergabe in verschiedenen Sektoren einzuführen, an die sich Geschäftsbanken halten müssen. Eventuell können schmutzige Kredite mit der Zeit rationiert oder radikal gekappt werden, um diese dann vollständig auslaufen zu lassen oder in bestimmten Sektoren völlig zu streichen. Diese Forderungen stellen jedoch die vermeintlich gegebene Unabhängigkeit der EZB grundsätzlich in Frage. Allerdings ist auch dieses Leitmotiv erst ein historisches Produkt des globalen Finanzmarktkapitalismus (Haldane, 2021). Spätestens seit der Pandemie hat sich gezeigt, dass die Umsetzung von "Neutralität" der Zentrabanken in Krisenzeiten realpolitisch nicht haltbar ist und an eindeutige Grenzen stößt (EZB, 2023). In Anbetracht der großen polit-ökonomischen Veränderungen, die die Klimakrise mit sich bringt, stellt sich die Frage, ob nicht auch hier ein Umdenken notwendig ist. Die Kreditvergabepolitik geht insofern über die Kreditvergabepolitik hinaus, als sie in eine explizite Gesamtstrategie eingebettet ist, die mit der Steuer- und Industriepolitik koordiniert wird, um den Strukturwandel der Wirtschaft eng zu steuern.

Der gesamtgesellschaftliche Einfluss von Finanzialisierung ist ein äußerst komplexer Prozess, dessen weitere Ausführung den Rahmen dieser Arbeit sprengen würde. Dennoch ist wichtig aufzuzeigen, dass durch vermeintliche Klimapolitik am Finanzmarkt mit Green Finance politische Macht und Handlungsfähigkeit verschoben wird und gerade bei solch existenzbedrohenden Krisen radikal in demokratische Entscheidungsmacht eingegriffen wird. Die Reformvorschläge oberhalb sind das absolute Mindestmaß, dass es an wirtschaftspolitischen Änderungen bräuchte, um wirkliche Klimapolitik zu ermöglichen, die sich an Gesellschaft und Umwelt, statt an Profitmaximierung orientiert. Dies wäre ein notwendiges Fundament für eine mögliche Verschiebung der Dominanz des Kapitals hin zu einer Hegemonie der Zivilgesellschaft. Nur so, können klimaaktivistische Forderungen tatsächlich aufgegriffen und etabliert werden.

3. Zivilgesellschaftliche Organisierung

Die Klimabewegung verfolgt ein gemeinsames Ziel: die Eindämmung und Bewältigung der Klimakrise. Im Gegensatz zu den vorrangigen Interessen des Kapitals, die häufig den institutionellen Rahmen bestimmen, hat diese Bewegung das übergeordnete Ziel, die akuten ökologischen Herausforderungen zu adressieren. Durch ihr aktives Einbringen können ihre Forderung nach einem nachhaltigen, klimafreundlichen Wandel entscheidend dazu beitragen, den bestehenden Status quo zu überwinden und die notwendigen institutionellen Veränderungen herbeizuführen. In dieser Hinsicht fungieren sie als die prägnanteste und radikalste Stimme in der Gesellschaft, die die Dringlichkeit der Klimakrise betont und den Weg für einen nachhaltigen Wandel ebnet. Ohne gesellschaftlichen Druck auf politische Entscheidungsträger:innen ist es historisch kaum zu maßgeblichen Veränderungen gekommen, deshalb weisen wir auf die Notwendigkeit von zivilgesellschaftlicher Organisierung hin. Im folgenden Teil geben wir einen Überblick über die historische Klimabewegung, besonders hinsichtlich ihrer Einstellung gegenüber dem Finanzmarkt. Dazu geben wir eine geschichtliche Übersicht relevanter Protestbewegungen ab den 1960er Jahren und bieten eine Einordnung verschiedener Akteure im Finanzaktivismus. Ein Grund, warum wir so viel über die Zusammenarbeit von Finanzinstituten mit fossilen Unternehmen wissen, ist die Arbeit von zahlreichen NGOs, die zu diesem Thema recherchieren und Daten aufbereiten. Aktivistische Initiativen und Organisationen, die sich mit dem Finanzsektor beschäftigen, sind aber keineswegs eine homogene Gruppe. Während sich manche der Recherche und Aufklärung verschrieben haben, gibt es solche, die vermehrt Lobby-Arbeit betreiben oder aktivistisch gegen diverse Finanzinstitutionen vorgehen. Wieder andere haben den Finanzsektor nicht direkt im Fokus, wie *Fridays for Future*, aber Ortsgruppen oder Organisationseinheiten, die sich explizit mit diesem Thema beschäftigen (beispielsweise FFF Frankfurt). Bei anderen handelt es sich

wiederum um Dachorganisation oder sogenannte *Coalitions*, in der sich viele kleinere (Regional- und Lokal-)Organisationen bündeln. Darunter fällt zum Beispiel *Stop the Money Pipeline*, die eine Übersicht über die Aktivitäten vieler verschiedener kleinerer Initiativen bietet und zu Online-Aktivismus aufruft.

Historischer Kontext

Die sogenannten *neuen sozialen Bewegungen*, die ab den 1960er Jahren entstanden sind, bilden den Start für viele Umwelt- und Klimagerechtigkeitsbewegungen. Im Unterschied zu den "alten" sozialen Bewegungen, die vor allem durch Arbeiter:innenproteste geprägt waren, sind in den neuen sozialen Bewegungen jüngere und mittlere Altersgruppen mit überdurchschnittlicher Bildung organisiert. Die angesprochenen Themen dieser neuen sozialen Bewegungen sind vielfältig und reichen von Bürger- und Menschenrechten, der Emanzipation von Frauen, Ökologie und Atomkraft bis hin zu Frieden und Abrüstung (Rucht 1995). Ein wichtiger Vertreter ist die 68er Bewegung, die viele der genannten Themen vereint. Mit dem ersten *Club of Rome* Bericht (Meadows, 1972) änderte sich die Wahrnehmung auf die menschliche Umwelt von Grund auf. *Die Grenzen des Wachstums* demonstriert die Verletzlichkeit der irdischen Ökosysteme auf und gibt Umweltschutzbewegungen neuen Auftrieb.

1997 gründete man *Attac* aus der Intention heraus, "die Märkte zu entwaffnen" und widmete sich als erste große Protestbewegung konkret dem Finanzsektor zu. Drei Forderungen werden laut: Die *Abschaffung von Steueroasen*, die *höhere Besteuerung von Kapitaleinkünften* sowie eine *allgemeine Finanztransaktionssteuer*. IWF, OECD und WTO stehen für einen Weltstaat ohne gesellschaftliche Repräsentation (Ramonet, 1997). Die Hegemonie geht dabei zunehmend von den Finanzmärkten und Großkonzernen aus und entfernt sich noch weiter von demokratischen Idealen.

Zwar wurden die großen Gipfeltreffen der Weltbank, des IWF und anderer globaler Finanzakteure seit den 1990er Jahren immer wieder von Protesten begleitet, jedoch war der *Battle of Seattle* im Jahr 1999 der Größte. 700 Organisationen und zwischen 40.000 und 60.000 Menschen schlossen sich diesem Protest zur 3. Ministerkonferenz der WTO an. (Gill, 2000) Dabei hatten viele der beteiligten Organisationen häufig einen transnationalen Hintergrund (Smith, 2001). Mit der Finanzkrise 2008 kam der Finanzsektor zunehmend ins Visier von aktivistischen Gruppierungen. Zuerst formierten sich Proteste in Europa als Reaktion auf verschiedene Folgen der Wirtschaftskrise, wie Staatspleiten, welche sich vor allem gegen Regierungen, Rating-Agenturen und aufgezwungene Austerität richteten (Syntagma Platz und Plaza del Sol). Erst 2011 erreichte der Protest mit Occupy Wall Street die USA, den eigentlichen Ursprung der Krise. Dieses Mal waren die Finanzakteure selbst das Ziel der Bewegung. Mit dem Slogan *We are*

the 99% machte man auf die grassierende Ungleichheit an Vermögen und Einkommen in den USA aufmerksam, in einer Zeit, in der besonders viele ihre Jobs verloren und gleichzeitig hohe Boni an Manager ausbezahlt wurden (Calhoun, 2013).

Zwar konnte *Occupy Wall Street* keine konkreten politischen Erfolge erzielen oder bestimmte Gesetze verändern, trug aber dazu bei, das Bewusstsein für diese Themen, insbesondere die Rolle des Finanzsektors in der Politik, zu schärfen. Einige ihrer Methoden und Ansätze wurden von anderen sozialen Bewegungen und politischen Gruppen aufgegriffen und weiterverfolgt (ebd.). Greta Thunberg schaffte es schließlich 2019, fast 50 Jahre nach dem ersten Club of Rome Bericht, die Menschen massenhaft für mehr Klimaschutz auf die Straße zu bringen. Die Forderung von Fridays for Future ist einfach: Die Staaten sollen das bei der Pariser Klimakonferenz eigens auferlegte Ziel erfüllen, unter einer Erwärmung der globalen Durchschnittstemperatur von 1.5°C im Vergleich zum vorindustriellen Niveau zu bleiben.

Akteure im Finanzaktivismus

Spätestens durch die Klimabewegung unter Thunberg, schaffte es die drohende und bereits stattfindende Erderhitzung durch Treibhausgase in unser kollektives Bewusstsein. Doch bereits zuvor gab es Organisationen, die mit Lobbying und Campaigning konkret gegen die Finanzierung fossiler Projekte vorgegangen sind. Dies passierte nicht zwingend aufgrund von Klimabewusstsein, sondern aus dem Umweltbewusstsein heraus. Viele Umweltschutzprojekte haben allerdings auch positive klimatische Auswirkungen. Der Verein [urgewald](#), der schon im Jahr 1992 vor dem *Battle of Seattle* gegründet wurde, konnte 2006 etwa die Finanzierung eines AKW in Belene (Bulgarien), einem Erdbebengebiet, durch die Deutsche Bank und die Hypovereinsbank verhindern. Das erreichte man, indem mediale Aufmerksamkeit auf das Projekt gerichtet wurde und man vor den Konzernzentralen protestierte. 2015 schaffte man, dass der Norwegische Pensionsfonds, der weltweit größte Staatsfonds der Welt, seine Anteile an der Kohleindustrie veräußert. [Insure Our Future](#) ist eine Dachorganisation, die viele Gruppen vereint und auf große internationale Versicherungskonzerne einwirkt und verhindern möchte, dass fossile Projekte nicht mehr versichert werden und somit unrentabler werden. Die [Stop the Money Pipeline](#) - Bewegung umfasst mehr als 200 US-Initiativen und dient dem Austausch und der Information zu verschiedenen Klima-Finanzierungsthemen. Dem Bündnis sind auch mehrere Kampagnen eigen, wie zum Beispiel eine E-mailkampagne, die an mehrere Bankdirektoren gerichtet ist und eine die sich zum Ziel setzt die Anlagen von Universitäten zu "divest". [ShareAction](#) unterstützt Personen dabei, als Shareholder Aktivisten bei den jährlichen Hauptversammlungen aufzutreten und informiert über die Auswirkungen privater Pensionsversicherungen und wie man den Pensionsanbieter wechselt oder auch den Arbeitgeber zu einem Wechsel bewegt. Bei [One for One](#) handelt es sich um eine US-Kampagne mit dem Ziel, dass Banken für jeden investierten Dollar in fossile Bereiche einen Dollar als Garantie

bereitstellen müssen. So wäre das Investment in Fossile deutlich unattraktiver. [Third Act](#) ist eine Bewegung für US-Staatsbürger:innen über 60 die sich vor allem durch Brief- und Emailaktivismus auszeichnet. Daneben gibt es auch Kampagnen, die zum Boykott von Banken aufrufen. Medienwirksam haben Third-Act-Mitglieder ihre Kreditkarten klimaschädlicher Finanzinstitute zerschnitten. [BankTrack](#) überwacht die Aktivitäten von Banken in Bezug auf die Einhaltung des 1.5°-Ziels, aber auch auf andere Bereiche wie Menschenrechte. Bei großen fossilen Projekten, die auf die Finanzierung von Banken angewiesen sind, arbeitet die Organisation in Kampagnen mit betroffenen Gruppen vor Ort zusammen. [FossilFree](#) ist eine internationale Kampagne von 350 und unterstützt Personen mit Informationen und Anleitungen dabei, lokale Divestment Initiativen zu gründen. So sollen Unis, Städte und Kirchen dazu gebracht werden, nicht mehr in fossile Industrien zu investieren. FossilFree Lüneburg als eine der Initiativen, die aus FossilFree entsprungen ist, leistet beispielsweise Lobbyarbeit bei der regionalen Sparkasse und erkämpft den Bankenwechsel der Uni Lüneburg. Ähnlich wie Third Act ruft auch FossilFree mit ihrer Kampagne #breakupwithDeutscheBank zum Bankenwechsel auf. Die [Divestment Database](#) von Stand.earth ist eine Datenbank für Commitments von institutionellen Anlegern, wie Gemeinden oder Unis, ihre Vermögen nicht mehr in Fossile zu investieren.

Diese Aneinanderreihung an Organisationen, die sich ganz explizit dem Thema Divestment und fossiler Finanzierung widmen, kann noch durch Organisationen ergänzt werden, deren primäres Ziel nicht der Finanzsektor ist. [Fridays for Future](#), [Extinction Rebellion](#), oder das [Coal Action Network](#) haben neben ihren jeweiligen programmatischen Schwerpunkten Forderungskataloge oder Kampagnen zum Finanzsektor.

Conclusio

Green Finance dominiert öffentliche Debatten, um die Frage, wie der Finanzmarkt ökologischer gestaltet werden kann und fungiert als zentrales Instrument, bricht jedoch nicht mit hegemonialen Strukturen. Die öffentliche Geldpolitik und private Marktpraktiken sind eng miteinander verflochten. Zentralbanken sind entscheidende Katalysatoren für diese Entwicklung. Die Geldpolitik ist von privater Finanzinfrastruktur abhängig, während Zentralbanken gleichzeitig erheblichen Einfluss auf Marktstrukturen und -praktiken ausüben. Die weltweite Expansion des Finanzsektors hat die Hegemonie des Kapitals weiter einzementiert und signifikante Auswirkungen auf Machtstrukturen unserer Klimapolitik. Große Vermögensverwaltungsunternehmen haben sich als zentrale Elemente für Zentralbanken etabliert, Methoden wie De-risking verstärken dies. Diese Verflechtung hat die Abhängigkeit der

Zentralbanken von marktbasierter Finanzierung erhöht und somit auch ihre politische Entscheidungskraft. Aus diesen Gründen ist Green Finance, also die Verknüpfung von Nachhaltigkeit und Wachstum nicht adäquat, um die Klimakrise zu bewältigen. Weshalb wir einige Ansätze sowohl auf institutioneller wie auf zivilgesellschaftlicher Ebene vorstellen, die dazu beitragen eine schnelle radikale Klimawende einzuschlagen. Zweitens verlangt jedoch offene Strukturen und institutionelle Rahmenbedingungen, in denen Aktivismus nicht nur mediale Aufmerksamkeit mit sich bringt, sondern auch Forderungen stellen kann, die tatsächlich gehört werden können. Um aus dieser krisenhaften Situation herauszukommen, ist aktives Teilhaben und Handeln der Zivilgesellschaft notwendig. Aktuelle Tendenzen im Finanzaktivismus können allerdings höchstens als Symptombekämpfung fehlgeleiteter Geldpolitik wahrgenommen werden. Denn, Fokus des Protests sind häufig individuelle Finanzakteure, also Finanzintermediäre, wie konkrete Geschäftsbanken, oder große institutionelle Anleger:innen, nicht das Finanzsystem als Ganzes in dieser Form. Für ein echtes demokratisches Finanzsystem braucht es eine Hegemonieverschiebung hin zur Bevölkerung. Die Klimakrise bleibt unsere größte Herausforderung, und eine hegemoniale Verschiebung ist notwendig, um Fragen der Bewältigung richtig adressieren zu können. Unsere Ausführungen zeigen, dass grüner Wandel möglich ist. So plädieren wir für ein demokratisches Finanzsystem und mehr Möglichkeiten zur Gestaltung von klimapolitischen Maßnahmen in sowohl Geld- als auch Fiskalpolitik.

Quellen

- Allan, B., Lewis, J. I., & Oatley, T. (2021). Green Industrial Policy and the Global Transformation of Climate Politics. *Global Environmental Politics*, 21(4), 1-19.
- Bank of England. (2021). From Lender of Last Resort to Market Maker of Last Resort via the dash for cash: why central banks need new tools for dealing with market dysfunction [Speech by Andrew Hauser]. Reuters.
<https://www.bankofengland.co.uk/-/media/boe/files/speech/2021/january/why-central-banks-need-new-tools-for-dealing-with-market-dysfunction-speech-by-andrew-hauser.pdf>
- BankTrack. Abgerufen 17. September 2023, von <https://www.banktrack.org/>
- Berg, F., Kölbel, J. F., & Rigobon, R. (2022). Aggregate Confusion: The Divergence of ESG Ratings. *Review of Finance*, 26(6), 1315–1344. <https://doi.org/10.1093/rof/rfac033>
- Boyde, E.(2023). ESG accounts for 65% of all flows into European ETFs in 2022. *Financial Times*. <https://www.ft.com/content/a3e9d87f-fa6f-4e5e-be6e-e95b42af2fec>
- Brand, U. & Scherrer, C. (2011). Global Governance: konkurrierende Formen und Inhalte globaler Regulierung.
<https://library.fes.de/pdf-files/akademie/online/50334-2011.pdf>
- Braun, B., & Gabor, D. (2019). Central banking, shadow banking, and infrastructural power.
<https://doi.org/10.31235/osf.io/nf9ms>
- Braun, B., & Gabor, D. (2021). In Search of a Green Macro-Financial Regime [Video]. Cambridge Society For Economic Pluralism.
<https://youtu.be/5tSqwJTyfFA?feature=shared&t=2419>
- Coal Action Network. Abgerufen 17. September 2023, von <https://www.coalaction.org.uk/insure-climate-justice/>
- Dafermos, Y., Gabor, D., Nikolaidi, M., Pawloff, A., & van Lerven, F. (2020). DECARBONISING IS EASY, BEYOND MARKET NEUTRALITY IN THE ECB'S CORPORATE QE. *New Economics Foundation*. <https://neweconomics.org/uploads/files/Decarbonising-is-easy.pdf>
- Desalegn, G., & Tangl, A. (2022). Enhancing Green Finance for Inclusive Green Growth: A Systematic Approach. *Sustainability*, 14(12), 7416.
<https://doi.org/10.3390/su14127416>

Deutschland wird Fossil Free. Fossil Free Deutschland. Abgerufen 17. September 2023, von <https://gofossilfree.org/de/>

Doell, P. (2021). Risiken des Klimawandels: Wie kann man mit den vielfältigen Unsicherheiten bei Risikobewertung und Anpassung an den Klimawandel umgehen? DOI:10.1007/978-3-658-31466-8_2

Eckersley, R. (2004). The Green State: Rethinking Democracy and Sovereignty. The MIT Press. <https://doi.org/10.7551/mitpress/3364.001.0001>

European Central Bank. (2021). From green neglect to green dominance? [Speech by Isabel Schnabel]. https://www.ecb.europa.eu/press/key/date/2021/html/ecb.sp210303_1~f3df48854e.en.html

European Central Bank. (2021). Detaillierter Fahrplan für klimabezogene Maßnahmen. https://www.ecb.europa.eu/press/pr/date/2022/html/ecb.pr220704_annex~cb39c2dcbb.de.pdf

European Central Bank. (2022). Klimaagenda der EZB 2022. https://www.ecb.europa.eu/press/pr/date/2022/html/ecb.pr220704_annex~cb39c2dcbb.de.pdf

European Central Bank. (2023). Pandemic emergency purchase programme (PEPP). <https://www.ecb.europa.eu/mopo/implement/pepp/html/index.en.html>

Frischer, C., & Glas, N. (2023). Klimakrise und Biodiversitätsverlust: Relevanz für den Finanzsektor im Kontext der EU-Regulatorik. In M. Hysek (Hrsg.), Nachhaltigkeitsrecht für Banken (S. 39). Linde Verlag.

Gabor, D. (2020). The Green New Deal will bypass the poor and go straight to the rich. The Guardian. <https://www.theguardian.com/commentisfree/2020/feb/19/european-green-new-deal-polish-miners>

Gabor, D. (2021). The Fed can, and should, take big steps on climate. Green Central Banking. <https://greencentralbanking.com/2021/07/26/adam-tooze-federal-reserve-climate/>

Gabor, D. (2022). Green Central Banking. Heinrich Böll Stiftung Brüssel EU. <https://eu.boell.org/en/green-central-banking>

- Gill, S. (2000). Toward a postmodern prince? The battle in Seattle as a moment in the new politics of globalisation. *Millennium*, 29(1), 131-140.
- Global Fossil Fuel Commitments Database. Abgerufen 17. September 2023, von <https://divestmentdatabase.org/>
- Goodman, J., & Salleh, A. (2013). The 'Green Economy': Class Hegemony and Counter-Hegemony. *Globalizations*, 10(3), 411-424.
<https://doi.org/10.1080/14747731.2013.787770>
- Harness the power of investment. ShareAction. Abgerufen 17. September 2023, von <https://shareaction.org/>
- Insure Our Future Global. Insure Our Future Global. Abgerufen 17. September 2023, von <https://global.insure-our-future.com/>
- Jäger, J. (2020). Hoffnungsträger Green Finance? Beigewum.
http://www.beigewum.at/wp-content/uploads/Kurswechsel-4.20-Satz_Kern-91-96.pdf
- Jäger, J., & Schmidt, L. (2020). The Global Political Economy of Green Finance and Socio-Ecological Transformation. *Journal für Entwicklungspolitik*.
<https://www.mattersburgerkreis.at/site/de/publikationen/jep/alleausgabenartikel/article/509.html>
- Kedward, K., Gabor, D., & Ryan-Collins, J. (2022). Aligning finance with the green transition: From a risk-based to an allocative green credit policy regime (UCL Institute for Innovation and Public Purpose, Working Paper Series (IIPP WP 2022-11)).
<https://www.ucl.ac.uk/bartlett/public-purpose/wp2022-11>.
- Money Rebellion. Extinction Rebellion UK. Abgerufen 17. September 2023, von <https://extinctionrebellion.uk/act-now/resources/money-rebellion/>
- One for one. Abgerufen 17. September 2023, von <https://www.oneforonenow.org/>
- Ramonet, I. (1997). Die Märkte entschärfen. *Le Monde diplomatique*, 12, 1.
- Rucht, D. (1995). Kollektive Identität. *Forschungsjournal neue soziale Bewegungen*, 8(1), 9-23.

- Semieniuk, G., Holden, P. B., Mercure, J. F., et al. (2022). Stranded fossil-fuel assets translate to major losses for investors in advanced economies. *Nature Climate Change*, 12, 532–538. <https://doi.org/10.1038/s41558-022-01356-y>
- Smith, J. (2001). Globalizing resistance: The battle of Seattle and the future of social movements. *Mobilization: An International Quarterly*, 6(1), 1-19.
- Springler, E. (2020) Editorial. Beigewum.
http://www.beigewum.at/wp-content/uploads/Kurswechsel-4.20-Satz_Kern-seiten-89.pdf
- Stop the Money Pipeline. Abgerufen 17. September 2023, von <https://stopthemoneypipeline.com/>
- Third Act. Abgerufen 17. September 2023, von <https://thirdact.org/>
- Unsere Forderungen an die EZB. Fridays for Future Frankfurt am Main. Abgerufen 17. September 2023, von <https://www.fridaysforfutureffm.de/unsere-forderungen-an-die-ezb/>
- Urgewald e.V. Abgerufen 17. September 2023, von <https://www.urgewald.org/>
- Wang, Y., & Zhi, Q. (2016). The Role of Green Finance in Environmental Protection: Two Aspects of Market Mechanism and Policies. *Energy Procedia*, 104, 311–316. <https://doi.org/10.1016/j.egypro.2016.12.053>
- Wanner, T. (2015). The New ‘Passive Revolution’ of the Green Economy and Growth Discourse: Maintaining the ‘Sustainable Development’ of Neoliberal Capitalism. *New Political Economy*, 20(1), 21–41. <https://doi.org/10.1080/13563467.2013.866081>